

Christian Baldauf, MdL
Vorsitzender der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 2
94. Plenarsitzung, Mittwoch, 11. Dezember 2019

Aktuelle Debatte
„Batteriezellfertigung in Rheinland-Pfalz“

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

11.12.2019

Anrede,

der 9. Dezember war ein guter Tag für Kaiserslautern und für unser Bundesland. Und besonders als Pfälzer freut es mich, dass die EU-Kommission die von der Bundesregierung und der französischen Regierung angestrebte Förderung einer eigenen Fertigung von Batteriezellen genehmigt hat. Und noch mehr freut es mich, dass diese Fertigung am Standort Kaiserslautern entstehen soll.

Die Initiative von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und seinem französischen Amtskollegen Bruno Le Maire ist ein wichtiges Zukunftsprojekt. Technologie und Produktion von Batteriezellen sollten von deutschen und europäischen Unternehmen entwickelt und nicht den ostasiatischen Ländern überlassen werden.

Es geht um unsere Wertschöpfung und um die Zukunftsfähigkeit unserer Mobilitätsbranche! Die Menschen in der Westpfalz haben diese Entscheidung verdient. Gerade weil sich Tesla im letzten Monat nicht für Zweibrücken entschieden hat, ist dieses Signal so wichtig. Die Ansiedlung der Batteriezellenfertigung kann ein neuer Impuls, ja vielleicht sogar das Leuchtturmprojekt für die Westpfalz werden.

An dieser Stelle muss man sagen: Peter Altmaier und die rheinland-pfälzische Landesregierung haben einen guten Job gemacht. Das lobe ich gerne, denn dieses Thema geht uns alle an und es kann nur gemeinsam funktionieren. Es freut uns alle, als Rheinland-Pfälzer ganz gleich welcher politischen Couleur, dass dieses Vorhaben, das jeder bei seinen Ansprechpartnern vorangetrieben hat, geklappt hat. Jetzt haben wir das Zwischenziel erreicht. Der Ansiedlung steht nichts mehr im Weg – sobald die Aufsichtsräte der Unternehmen zugestimmt haben.

Aber, Anrede,

das einmütige Signal hätten wir auch schon früher haben können. Ich erinnere an die Plenardebatte vom 23. Oktober hier im Landtag. Auf Vorschlag der CDU-Fraktion diskutierten wir über das Thema Batteriezellentechnologie „Made in Rheinland-Pfalz“. Schon damals wäre ein überparteiliches Zeichen zur Unterstützung dieses Anliegens wichtig gewesen.

Wir fordern in unserem Antrag, eine mögliche Fertigungsfabrik politisch zu unterstützen. Das lehnte die Ampel-Koalition ohne substantiellen Grund ab. Sie, Frau Kollegin Dr. Köbberling, warfen mir im Namen der gesamten SPD-Fraktion „persönliche Profilierung“ vor. Inhaltliche Bedenken haben Sie keine vorgebracht.

Ihr zweites Argument war, dass der Antrag absolut überflüssig sei. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen würden schon alles Nötige tun. Und genau hier möchte ich ansetzen. Denn der Antrag war und ist eben nicht überflüssig. Die Genehmigung der EU-Kommission ist ein Schritt in die richtige Richtung, mit anderen Worten: Ein Zwischenziel. Doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, dies möchte ich ausdrücklich betonen: Die Arbeit geht erst jetzt richtig los! Ihre Hausaufgaben können Sie nach wie vor in unserem Antrag nachlesen.

Unsere erste Forderung lautete und lautet noch immer: Sicherstellung der notwendigen Komplementärfinanzierungen! Das Land muss auch Geld geben! Nur dann kann Batteriezellentechnologie „Made in Rheinland-Pfalz“ entstehen. Bis zum Jahre 2026 ist ein Beitrag des Landes Rheinland-Pfalz gesichert, so viel steht fest.

Doch unserer Forderung an Sie ist klar: Bekennen Sie sich auch für die restliche Projektlaufzeit, nämlich für die Jahre 2027 bis 2031 zur Batteriezellenfertigung in Kaiserslautern und verpflichten Sie sich, die dafür nötigen Mittel bereitzustellen. Ich hoffe, Sie geben dieses Bekenntnis heute ab.

Unsere zweite Forderung : Planung flankierender Maßnahmen! Zukunftsthemen heißen nicht so, weil wir sie in die Zukunft vertagen können. Zukunftsthemen gelingen nur dann, wenn wir sie in der Gegenwart vorausdenken – für morgen. Heißt:

- Es braucht eine dauerhaft gesicherte Finanzierung,
- eine Vernetzung mit den Universitäten und den Kammern,
- die Ansiedlung von unabhängiger wissenschaftlicher Expertise,
- Unterstützung für Gründungen und Qualifizierungsmaßnahmen.

Wir dürfen uns von der guten Nachricht nicht blenden lassen. Bis 2031 ist das Werk – sofern Sie Ihre Mittel bereitstellen – gesichert. Aber was passiert danach? Wird sich PSA in Kaiserslautern so wohl fühlen, dass sie bleibt? Wird der Opel Standort auch ohne Bundes- und Landesmittel bestehen bleiben? Das wird nur gelingen, wenn die handelnden Unternehmen exzellente Standortbedingungen vorfinden.

Herr Minister Wissing,

die bestehenden Programme erfassen den Status Quo. Der Hebel muss jetzt umgelegt und die Programme müssen den besonderen Anforderungen der Batteriezellentechnologie angepasst und erweitert werden! Nur so werden wir eine dauerhafte Sicherung des Standortes und der damit verbundenen Arbeitsplätze erreichen können.

Wir müssen alles politisch Mögliche tun, damit Opel und die Automobilindustrie trotz des Strukturwandels in der Westpfalz eine Zukunft haben! Und ich bin zuversichtlich, dass es hierfür wieder eine überparteiliche Zustimmung geben kann. Also: lassen Sie uns die Ärmel hochkrempeln und Sinnvolles für dieses Land bewegen.